



Stiftung | 07.10.2014 - 15:30

Staatliche Einmischung ins Wirtschaftssystem trägt bittere Früchte



Deutschland fällt im internationalen Ranking der wirtschaftlichen Freiheit zurück. Das geht aus der am 6. Oktober veröffentlichten Studie Economic Freedom of the World 2014 hervor. Dessen wichtigste Eckpunkte sind individuelle Handlungsfreiheit, freiwillige Austauschbeziehungen, freier Wettbewerb und die Sicherheit privater Eigentumsrechte. Aus Sicht der Stiftung für die Freiheit muss Deutschland politischen Opportunismus stärker entgegensteuern und marktwirtschaftliche Grundsätze verfechten.

Auf Rang 28 platziert sich Deutschland zwischen Litauen und Ruanda und damit hinter anderen führenden Industrienationen. "Deutschland muss ehrgeiziger sein und nicht nachlässig", forderte Wolfgang Gerhardt, Vorstandsvorsitzender der Stiftung für die Freiheit. Für ihn ist klar: "Wir müssen verhindern, dass der Staat die wirtschaftliche Freiheit Stück für Stück dem politischen Opportunismus preisgibt. Wenn marktwirtschaftliche Grundsätze geopfert werden, dann gerät soziale Sicherheit in Gefahr und die Perspektiven der nächsten Generation werden schlechter."

Detmar Doering, Leiter des an der Studie beteiligten Liberalen Instituts der Stiftung für die Freiheit, schloss sich dieser Mahnung an: "Deutschland hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass ihm die wirtschaftliche Freiheit gut zu Gesicht steht. Es ist riskant, hier weiter an Boden zu verlieren. Doch der Staat mischt sich zunehmend mit Transfers und Subventionen ins Wirtschaftssystem ein, wie die Studienergebnisse zeigen." Dass es nicht gelungen ist, die Erosion der wirtschaftlichen Freiheit auch in anderen Bereichen wie dem Rechts- und Eigentumsschutz, der Geldpolitik und der Gewährleistung von Freihandel zu verhindern, gebe ebenfalls Anlass zur Sorge, so Doering.

Die Studie wurde im Auftrag des Economic Freedom Network durchgeführt. Dieses ist ein Verbund von Forschungsinstituten aus 52 Ländern, an dem auf deutscher Seite das Liberale Institut der Friedrich-

Naumann-Stiftung für die Freiheit beteiligt ist.

Quell-URL: <https://www.liberale.de/content/staatliche-einmischung-ins-wirtschaftssystem-traegt-bittere-fruechte>